Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/608
26.06.2014

Haushalts- und Finanzausschuss

51. Sitzung (öffentlicher Teil)[1]

Zu TOP 1 gemeinsame Sitzung mit:

Ausschuss für Kommunalpolitik

61. Sitzung (öffentlich)

26. Juni 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Vorsitz: Christian Möbius (CDU) (HFA)
Christian Dahm (SPD) (AKo)

Protokoll: Franz-Josef Eilting, Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung **7**

Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion **beschließt** der Ausschuss, **TOP 5 bis 8 im Anschluss an TOP 1 zu beraten.**

1 Gesetz über die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse (LBS) **8**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4774

Ausschussprotokoll 16/564 (Anhörung vom 22. Mai 2014)

Auswertung der Anhörung

Abschließende Beratung und Abstimmung

[1] vertraulicher Teil mit TOP 21 und 22 siehe vAPr 16/29

Der **Ausschuss für Kommunalpolitik empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen bei Enthaltung der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten, dem **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/4774 zustimmen.**

Der **Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt** dem Landtag ebenfalls mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen bei Enthaltung der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/4774 anzunehmen.**

5 Transparente Veräußerung von Grundstücken sicherstellen 11

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4828

Vorlagen 16/1879 und 16/2026

Information 16/170 (Neudruck)

Abschließende Beratung und Abstimmung

Ziffer II.1 des Antrags der Fraktion der CDU **Drucksache 16/4828** wird vom HFA einstimmig **angenommen.**

Die **Ziffern II.2, II.3 und II.4** des **Antrags Drucksache 16/4828** werden jeweils mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten **abgelehnt.**

In der **Gesamtabstimmung empfiehlt** der HFA dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten, den so geänderten **Antrag Drucksache 16/4828 abzulehnen.**

6 Arbeitsschutz effizient gestalten 16

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3446

Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AGS-Ausschuss)

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, zu dem Antrag Drucksache 16/3446 **kein Votum abzugeben.**

7 Gesetz zur Offenlegung der Bezüge von Sparkassenführungskräften im Internet **17**

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4165

Ausschussprotokoll 16/475 – Anhörung

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen gegen die Stimmen der Piratenfraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion, den **Gesetzentwurf** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/4165 abzulehnen.**

8 Gesetz zur Förderung kommunaler Aufwendungen für schulische Inklusion **21**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/5751

Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an ASchW)

Der **Antrag** von Dietmar Schulz (PIRATEN), **auf ein Votum zu verzichten,** wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten **abgelehnt.**

Der Haushalts- und Finanzausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und der Piraten, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/5751 anzunehmen.**

2 Veränderungen im Aufsichtsrat der Portigon AG im laufenden Jahr 2014 **24**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2005

Nachfragen von Ralf Witzel (FDP) zu der Vorlage werden von Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans und LMR Joachim Stapf (FM) beantwortet.

3 Finanzielle Risiken für die Rechtsnachfolgerin der WestLB, namentlich die Portigon AG, durch den Zinsmanipulationsskandal. Welche Risikovorsorge wird betrieben? 27

Sachstandsbericht der Landesregierung
Vorlage 16/2006

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) antwortet auf Nachfragen aus dem Ausschuss und wird, soweit möglich, ergänzend berichten.

4 Portigon AG 31

Vertrauliche Vorlage 16/64

Zunächst wird über die Frage diskutiert, wie weit das in der vertraulichen Vorlage Mitgeteilte als „vertraulich“ einzustufen ist. Zu den in der weiteren Diskussion aufgeworfenen inhaltlichen Fragen nimmt Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) Stellung.

9 Sukzessive Rückgabe der Vollbanklizenz der WestLB/Portigon AG im Kontext der erfolgten Gründung der Portigon Financial Services (PFS): Zeitlicher Fahrplan, Zielsetzungen und bereits erfolgte Einstellung des klassischen Vollbankgeschäfts 56

Vorlage 16/2012

Nachfragen von Ralf Witzel (FDP) werden von LMR Joachim Stapf (FM) beantwortet.

10 Regionalisierte Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 58

Bericht der Landesregierung

- Bericht von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) 58
- Aussprache 58

11 Entwicklung des Landeshaushalts im Ist zum 31. Mai 2014 61

Vorlage 16/2018

Kurze Erörterung.

12 Finanzielle Auswirkungen der BAföG-Übernahme durch den Bund 62

Vorlage 16/2007

Nachfragen aus dem Ausschuss werden von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) beantwortet.

13 Höhe des durch Manipulationen an Registrierkassen entstandenen Schadens 64

Bericht des Finanzministeriums

- Bericht von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) 64
- Aussprache 65

14 Ursachen und Hintergründe der verspäteten Gehaltszahlung an nordrhein-westfälische Landesbedienstete 67

Vorlage 16/1971

Ralf Witzel (FDP) erbittet eine ergänzende Auskunft.

15 Deutliche Zunahme der Kontoabfragen im Geschäftsbereich des Finanzministeriums: Ursachen, Hintergründe und Auswirkungen dieser Entwicklung 68

Vorlage 16/1970

Kurze Erörterung.

16 Anmeldung zum Rahmenplan 2014 bis 2017 nach § 7 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) 69

Vorlage 16/1916

Der Ausschuss **nimmt Vorlage 16/1916 zur Kenntnis.**

17 Unterbringung der Ressorts der Landesregierung – Regierungsviertel **70**

Vorlagen 16/1922 und 16/1996

Nachfragen zu den Vorlagen werden von MDgt Dr. Lukas Mangelsdorff (FM) beantwortet.

18 Auskunftsersuchen der EU-Kommission vom 07.03.2014 an die Bundesrepublik Deutschland zur Behauptung über die Gewährung von staatlichen Beihilfen im Zusammenhang mit der Privatisierung der Westfälischen Provinzial **71**

Vorlage 16/1939

Auf Nachfragen von Ralf Witzel (FDP) antworten Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans und LMR Joachim Stapf (FM).

19 Kassenabschluss 2013 **74**

Vorlage 16/1934

Nachfragen zur Vorlage werden von den Vertretern des Finanzministeriums beantwortet; eine Information soll nachgeliefert werden.

20 Telefonische Erreichbarkeit des LBV und Entwicklung der Anrufbearbeitung mit Fallzahlen **75**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2025

Kurze Diskussion.

20a Verschiedenes **77**

* * *

1 Gesetz über die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse (LBS)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4774

Ausschussprotokoll 16/564 (Anhörung vom 22. Mai 2014)

Auswertung der Anhörung

Abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzender Christian Möbius (HFA) weist vorab darauf hin, dass das Wortprotokoll über die Anhörung zu diesem Gesetzentwurf den Abgeordneten am 24. Juni zugeleitet worden sei.

Die Auswertung der Anhörung erfolge in gemeinsamer Beratung mit dem mitberatenden Ausschuss für Kommunalpolitik. Im Anschluss daran stimmten beide Ausschüsse getrennt über den Gesetzentwurf ab.

Ralf Witzel (FDP) führt aus, seine Fraktion teile das Ziel der Landesregierung, zu einer Stabilisierung des Drei-Säulen-Modells beim Bausparen zu kommen. Der Verbraucher profitiere vom Wettbewerb privater, genossenschaftlicher und öffentlicher Anbieter.

Die FDP-Fraktion nehme positiv zur Kenntnis, dass die Landesregierung offenbar von den Ereignissen bei der Provinzial vor einigen Jahren gelernt habe. Dort habe es ja einen Streit über die Fungibilität des Anteilseigner-Kapitals und die Diskussion über den Allianz-Verkauf gegeben. Mit den für die LBS vorgesehenen Regelungen sei das nicht möglich. Vielmehr sei klar, dass etwaige Fusionen der LBS wiederum in die Rechtsform der AöR einmündeten, weil auf die LBS West verschmolzen werden.

Positiv sei auch, dass Fusionen ermöglicht würden – in einer Zeit, in der der gesamte Sektor der Finanzdienstleistungen unter Druck sei und der DSGV erkennen lasse, dass Fusionsüberlegungen im Bereich der Landesbausparkassen zur Stabilisierung hilfreich sein könnten. Das Ziel teile seine Fraktion auch, sofern der regionale Versorgungsauftrag erhalten bleibe.

Aus der Anhörung ergäben sich aber ein paar Fragen an die Landesregierung. Von einem Experten sei vorgetragen worden, dass bei einer fortschreitenden Fusionswelle das Regionalprinzip bei Sprungfusionen gefährdet sein könnte. Dazu würde ihn ebenso die Einschätzung der Landesregierung interessieren wie zu dem Hinweis, dass die Gefahr bestehe, dass die neue Holding den Namensschutz als Bausparkasse verlieren könnte.

An den Finanzminister, der zugleich Vorsitzender der Finanzministerkonferenz sei, habe er die Frage, welche gesetzgeberischen Initiativen des Bundes in Richtung eines neuen Bausparkassengesetzes zu erwarten seien und ob die Unwirksamkeit von

Beherrschungsverträgen bei Fusionsplänen dieser Gesetzgebung möglicherweise im Wege stehe.

Von einem Sachverständigen sei vorgetragen worden, dass bei einer deutschlandweiten Fusion der Landesbausparkassen die Gefahr bestehen könnte, dass ein marktbeherrschendes Unternehmen gemäß § 18 Abs. 1 GWB entstehe. Vom Finanzminister möchte er wissen, ob er auch diese Gefahr sehe.

Von den Vertretern der privaten und der genossenschaftlichen Bausparkassen sei auf eine Ungleichbehandlung der Art hingewiesen worden, dass der LBS ermöglicht werde, private Bausparkassen zu erwerben, während das Umgekehrte nicht zulässig sei. Von daher wüsste er von der Landesregierung gerne, warum überhaupt die Möglichkeit geschaffen werden solle, dass private oder genossenschaftliche Bausparkassen von der LBS erworben werden könnten; dann würde ja im Ergebnis weniger Vielfalt für die Verbraucher entstehen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) erklärt, die Koalitionsfraktionen wollten die öffentlich-rechtlichen Bausparkassen so sichern und zugleich Fusionen ermöglichen, wie es die Landesregierung vorschlage. Die von der FDP vorgetragenen Bedenken halte er in der Sache nicht für begründet. Die Anzuhörenden hätten auch dokumentiert, dass man mit dem Gesetzentwurf richtig liege. SPD und Grüne stimmten dem Gesetzentwurf zu und bäten um Zustimmung.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) antwortet Herrn Witzel auf die Fragestellung, ob das Regionalprinzip gefährdet sei, das Regionalprinzip gelte für die Sparkassen, aber nicht für die LBS; es sei weder im Gesetz noch in der Satzung vorgegeben. Insoweit sei die Ermöglichung von Fusionen oder der Zusammenarbeit nicht dadurch tangiert, dass das Regionalprinzip nicht eingehalten würde.

Dass bei etwaigen deutschlandweiten Fusionen die Gefahr einer Marktbeherrschung entstehe, sehe er nicht. Auch im genossenschaftlichen Bereich gebe es aufgrund der Notwendigkeit, größere Einheiten zu bilden, Veränderungen, die nicht zu einer Marktbeherrschung führten, die moniert werden könnte.

Die Frage des „asymmetrischen Erwerbs“, dass also die LBS die Möglichkeit habe, private oder genossenschaftliche Bausparkassen zu erwerben, sei etwas, was sich in den bisherigen Überlegungen nicht praktisch dargestellt habe.

MR Norbert Engel (FM) erläutert zum Thema „Namensschutz“, das Problem werde sich auch im Zusammenhang mit Holdingstrukturen nicht stellen, wie in der Anhörung auch herausgekommen sei. „Bausparkasse“ dürfe sich nur nennen, wer auch Bausparkassengeschäft betreibe; das gelte unabhängig von Fusionen.

Zur Frage der Asymmetrie bzw. der Ungleichbehandlung bei den Erwerbsmöglichkeiten habe der Vorstandsvorsitzende der LBS klar zum Ausdruck gebracht, das Gesetz diene nur dazu, Fusionen innerhalb der LBS-Gruppe zu ermöglichen. Auch der Ver-

treter der privaten Bausparkassen habe gesagt, dass es bisher keine säulenübergreifenden Fusionen gegeben habe und diese auch in Zukunft nicht zu erwarten seien.

Wenn Letzteres zutreffe und es keine Planungen gebe, private Bausparkassen zu erwerben, stellt sich für **Ralf Witzel (FDP)** die Frage, warum der Gesetzentwurf das denn ermögliche. Seines Erachtens diene es der allgemeinen Klarheit, das Gesetz zu korrigieren, wenn es solche Absichten ohnehin nicht gebe. Er hätte deshalb von den Koalitionsfraktionen gerne gewusst, ob sie bereit seien, den Gesetzentwurf in diesem Punkt zu ändern.

Vorsitzender Christian Möbius (HFA) stellt dazu fest, dass ein Änderungsantrag nicht vorliege; er könnte gegebenenfalls aber zur zweiten Lesung im Plenum noch gestellt werden.

Vorsitzender Christian Dahm (AKo) lässt sodann den Ausschuss für Kommunalpolitik über den Gesetzentwurf abstimmen.

> Der **Ausschuss für Kommunalpolitik empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen bei Enthaltung der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten, dem **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/4774 zustimmen.**

Anschließend nimmt **Vorsitzender Christian Möbius (HFA)** für den Haushalts- und Finanzausschuss die Abstimmung vor.

> Der **Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt** dem Landtag ebenfalls mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen bei Enthaltung der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/4774 anzunehmen.**